

4680/J XX.GP

der Abgeordneten Mag. Haupt, Mag. Stadler und Kollegen
an die Frau Bundesminister für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend illegale Beschäftigung von Ausländern

Einem Pressebericht (Die "Presse", Seite 14, 17. Juni 1998) zufolge, hat der ÖVP
Funktionär des VP- Wirtschaftsbundes und der Niederösterreichischen
Wirtschaftskammer Johann Girschik, in seinem Unternehmen, über einen bekannten
Zeitraum, Ausländer illegal beschäftigt.

Seine Rücktrittserklärung von diesen politischen Ämtern ist nicht bekannt.

Dieser Umstand erscheint insofern bedenklich, als daß Personen in einer solchen
politisch und wirtschaftlich verantwortungsvollen Stellung, in jeder von ihnen
ausgeübten Funktion, mit gutem Beispiel vorangehen müssen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an die
Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die nachstehende
ANFRAGE:

1. Besteht Ihrer Meinung nach die Gefahr, daß durch diesen bekannten Vorfall die
illegale Beschäftigung in Unternehmerkreisen weiterhin als "Kavaliersdelikt"
angesehen und auch ausgeübt wird, wenn nein warum nicht?
2. Welche Maßnahmen sieht die Wirtschaftskammer vor, gegen Personen in den
eigenen Reihen die Ausländer illegal beschäftigen, vorzugehen?
3. Wieviele in den Wirtschaftskammern aller österreichischen Bundesländer tätige
Funktionäre wurden in den letzten zehn Jahren wegen der Beschäftigung von
Schwarzarbeitern aktenkundig?
4. Wieviele in den Wirtschaftskammern aller österreichischen Bundesländer tätige
Funktionäre wurden in den letzten zehn Jahren wegen Vergehen gegen
Arbeitnehmerschutzbestimmungen aktenkundig?